ständen zu tun für nötig hält: der Sozialdemokratie. Sie, nicht die Kirche, ist darum heute auch die wahre und starke Friedensmacht, die Vorkämpferin der Idee einer friedlich verbundenen Menschheit, die für diese Idee Opfer bringt und furchtlos Arbeit verrichtet, und die darum mehr wie alle Kirchen das Anrecht darauf hat, Weihnachten als ein Fest und Mittel des Friedens, ja, als ihr ureigenes Fest zu begehen.

Oder — wer wagte das alles zu bestreiten?

Trotz des Klassenkampfes, den sie nicht gesucht, oder gar frivol heraufbeschworen hat, der ihr vielmehr aufgezwungen worden ist, war und ist die Sozialdemokratie auch innerhalb unseres Volkslebens eine ausgesprochene Friedenspartei. Sie kämpft wohl, aber nur um den brutalen Kampf des Menschen gegen den Menschen für alle Zukunft unmöglich zu machen. Sie kämpft heute schon stets nur gegen Ideen und Wirtschaftstendenzen, nie gegen Personen. Ginge es nach ihr, heute schon wäre aller politische Kampf alles persönlichen, alles gehässigen Beigeschmacks entkleidet. „Nicht trotzigen wir Haß den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann!" Sie erstrebt ein Wahlrecht, das niemand mehr kneblen soll, das selbst den kleinsten Minderheiten noch Anteil und Einfluß auf die Leitung der Geschicke der Gesellschaft gewährt, das Proportionalwahlrecht. Sie sorgt, daß im Schoße des Proletariats heute schon der Geist der Entzweiung immer seltener wird. Sie propagiert den kollektiven Arbeitsvertrag, der den Einzelnen aus dem zermürbenden Konkurrenzkampf des täglichen wirtschaftlichen Lebens heraushebt und gegen Zufälligkeiten möglichst sichert. Sie führt den Klassenkampf, um endlich alle Klassengegensätze zu beseitigen, um ein in edler Kulturgemeinschaft einiges Volk von Brüdern und Schwestern zu schaffen. Frieden, Menschheitsfrieden, nicht Kampf ist ihr höchstes Losungswort, ist ihrer täglichen Arbeit heißestes Ziel und Bemühen!

Noch unbestrittener gilt dies von dem ganzen Gebiet der auswärtigen Politik. Von Kindesbeinen an hat die Sozialdemokratie keine andere Forderung gekannt, als: Frieden, Frieden! Wo immer ein Krieg drohte, hat sie ihre warnende Stimme erhoben: Haltet Frieden, Frieden! Wo sie dazu berufen war, hat sie sich gegen jeden Kriegsausbruch gestemmt. Schon 1870, im damals noch Norddeutschen Reichstag, haben ihre Vertreter, Bebel an der Spitze, jeden Pfennig für Kriegszwecke verweigert; als der Krieg nach der Schlacht bei Sedan sich zu einem Vernichtungskrieg mit verhängnisvollsten Folgen entwickelte; und Ketten waren damals für einige unter ihnen der Lohn! Und das Gleiche hat jetzt wieder das kleine Häuflein sozialdemokratischer Abgeordneter in den Volksvertretungen der Balkanländer mutig wiederholt. Um des Friedens willen kämpft die Sozialdemokratie unerschütterlich gegen den Militarismus: so oft sie schon dafür bei Wahlen hat auf große Augenblickserfolge verzichten müssen, sie bewilligt dennoch diesem militaristischen System keinen Mann und keinen Groschen. Sie fordert, um des Völkerfriedens willen, das Volksheer, das stets nur ein Verteidigungsheer sein kann, an Stelle des stehenden Heeres, das immer zugleich auch ein Angriffsheer sein muß. Und so sehr man sie deshalb schon verspottet hat, sie bleibt bei dieser Forderung unentwegt, und wird sie einst durchsetzen. Um des Völkerfriedens willen hat sie in Mühen langsam die proletarische Internationale geschaffen, hat dadurch die große Annäherung der Arbeiter aller Länder schon um ein gut Stück vollzogen, die Völkerverbrüderung vorbereitet, deren Verwirklichung das Ende aller Kriegsgefahr sein wird. Sie ist mit ihren Massen auf die Straße gegangen, um für den Frieden zu demonstrieren; und sie hat sich von diesen friedlichen Straßendemonstrationen auch nicht abschrecken lassen, wo man sie als Lohn für diesen ihren edlen Friedenswillen mit Säbelhieben traktiert hat. Sie hat erst in diesen letzten Herbstmonaten wieder in tausend und abertausend großen und kleinen, öffentlichen und geschlossenen Versammlungen den Willen zum Frieden, den Abscheu gegen den Krieg von neuem unter den Menschen leidenschaftlich gemehrt. Und alle ihre internationalen Kongresse, sind stets zugleich Völkerfriedenskongresse gewesen!

Am offenkundigsten ist das aber doch am letzten Kongresse, vor vier Wochen, zu Basel in der Schweiz geworden. Wie ein Richtungspunkt hebt er sich heute schon über alle anderen heraus. Denn er fand — dank der edlen und freien, noch vom Geiste des Urchristentums erfüllten Gesinnung dortiger Christen — in Gemeinschaft mit diesen statt in einem herrlichen christlichen Dome! Welch eine Wendung der Völkerentwicklung! Die Sozialdemokratie vor den Augen der Welt dokumentiert als die Erbin der christlichen Kirchen von heute!

Wahrlich: die Sozialdemokratie — das ist der Friede, das ist die Menschlichkeit!

In dieser Ueberzeugung laßt uns alle heute Weihnachten feiern!

Paul Göhre.

---

worden — ein ewiger Frieden — Menschenliebe — Brüderlichkeit — ewiger Frieden — —"

Drei lesende Männer wandten sich dem Stammelnden zu und erklärten kurz: „Unsinn!"

Da packte der Frieden die drei, schleppte sie zur Seite, zeigte ihnen einen großen Dom und beharrte: „Dort drinnen wurde das verkündet! Mit meinen eigenen Ohren habe ich's gehört — —"

„Ich so, in der Kirche" — unterbrachen ihn die drei — „ja in der Kirche wird das bei uns jedes Jahr so gemacht — —"

•

Einige Minuten später lärmte auf dem Bahnhofe ein Mensch wild umher, fuchtelte mit einem Palmenzweige und behauptete, er habe eine Fahrt nach Kulturcuropa bezahlt, statt dessen habe man ihn in einem wilden, teuflischen Räuberwinkel ausgeladen, wo man jedes Jahr den ewigen Frieden verkünde, während jahraus, jahrein zum europäischen Massenmord gerüstet werde. Man solle ihn schleunigst wieder zu seinen Wilden hinunterfahren.

Menschen sammelten sich horchend um den Gestikulierenden, der die europäische Kultur mit steigender Heftigkeit verfluchte. Ein steingekleideter Herr in Pelz und Zylinder wetterte unwillig: „Er redet wie ein Sozialdemokrat! Kommt nicht bald ein Polizist?"

Doch, er kam bereits! Sicher, gemessen, und mit einer Faust, in der sich sämtliche Staatsgewalten zu konzentrieren schienen, packte Polizei Kuhlicke den Frieden. Es war ein echter, rechter Polizeigriff, wie er bei Schwerverbrechern angewandt wird: fünf Finger ins Nackenfleische und dann den Arm auf den Rücken gedreht!

Aber trotzdem — trotzdem hatte Kuhlicke plötzlich nichts mehr in der Hand! Nur ein Palmenzweig lag am Boden. Der Polizist trappte mit breiten Sohlen auf dem Symbol des Friedens umher und sah die Umstehenden verdutzt an, während diese nach der leeren Polizeifaust grinsten.

Niemand aber vernahm das Singen in den Lüften, durch die der wieder zum Weltgeist aufgeblühte Frieden rasch und sehnsüchtig nach der Heimat der Menschenfresser zurückschwebte.

R. G.

Deutsches Reich.

Die Entrechtung in Reuß ä. L. und die Liberalen.

Ueber das Verhalten der Liberalen bei dem schändlichen Entrechtungsstreich wird dem Berl. Tagebl. geschrieben:

„Die Verhandlungen gaben leider ein trauriges Zeugnis von der politischen Unerfahrenheit verschiedener Abgeordneter. Die Nationalliberalen und die weiter rechts stehenden Abgeordneten stimmten natürlich ohne weiteres der Vorlage zu. Das Gelingen des Wahlrechtsstreichs hing indessen von drei linksliberal orientierten Abgeordneten ab, einem eingeschriebenen Mitgliede der Fortschrittlichen Volkspartei, dem Präsidenten des Landtages Froeb-Lobenstein, und zwei ländlichen Abgeordneten, die bisher im Sinne des Fortschritts tätig waren und somit als Hospitanten galten, Martins-Wurzbach und Müller-Tanna. Der letztere war sogar lediglich durch freisinnige Wahlhilfe 1910 gegen einen Nationalliberalen durchgekommen. Hätten sie mit den fünf Sozialdemokraten gegen das Gesetz gestimmt, wäre es infolge Stimmengleichheit gefallen. **Aber das haben sie nicht getan.** Der Abgeordnete Froeb nahm überhaupt nicht das Wort zur Vorlage, und die beiden anderen stimmten nach einigen Einwänden mit ihm zusammen **glatt für den Entwurf der Regierung.** Dabei hat der Fortschrittliche Landesverein des Fürstentums von Anfang an keinen Zweifel über seine Stellungnahme zur „Wahlreform" gelassen. Er richtete eine Eingabe an den Landtag, in der er ihn ersuchte, nicht an den Grundlagen des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zu rütteln. Es ist ja nun selbstverständlich, daß der fortschrittliche Abgeordnete Froeb die Konsequenzen aus seiner illiberalen Haltung ziehen wird. Er hat auch bereits erklärt, seinen Austritt aus der Partei zu vollziehen."

Hier wiederholt sich also der Fall, daß gerade in den wichtigsten Situationen die Fortschrittsmänner, die an den verantwortlichen Stellen stehen, gänzlich versagen. Die Fortschrittliche Volkspartei darf sich nicht wundern, daß solche Vorkommnisse das letzte Vertrauen weiter Volkskreise in ihre Zuverlässigkeit gänzlich erschüttern.

Eine famose Sparkasse.

Unsere Agrarier sind bekanntlich sehr ängstlich um das Wohl ihrer Arbeiter bedacht. Zwar von hohen Löhnen wollen sie nichts wissen — natürlich nur im Interesse der Landarbeiter selbst. Diese würden doch nicht wissen, was sie mit dem Gelde machen sollten, während der gnädige Herr, wenn er zu der üblichen großen Generalvorstellung der Agrarier im Zirkus Busch nach Berlin reist, sehr wohl den Mammon in geeigneter Weise unterbringen kann. Nun hat der Herr Wangenheim in der Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte in Königsberg einen Vorschlag gemacht, der in geradezu glänzender Weise zeigt, wie warm das Herz dieses Bündlerführers für die Landarbeiter schlägt. Den Landarbeitern soll eine große Wohltat erwiesen werden in Gestalt der Gründung einer Sparkasse, für die folgendes gelten soll: Vom 14. Jahre an hat jeder Arbeiter wöchentlich 50 Pf. in die Kasse zu zahlen. Diese 50 Pf. werden bei der Lohnauszahlung vom Lohn abgezogen. Die Herren Gutsbesitzer sollen auch etwas dazu zahlen, wieviel, hat der Herr v. Wangenheim allerdings nicht gesagt. Das Geld wird aber nicht etwa ausgezahlt, wenn sich die Landarbeiter verheiraten. Sie könnten ja dann in die Versuchung kommen, sich eine zu feine Wohnungsausstattung anzuschaffen; und die würde doch oft zu sehr von der vom gnädigen Herrn zur Verfügung gestellten Wohnung abstechen, für die bekanntlich sehr oft ein paar solide Schweineträge das angemessenste Möbelstück sind. Erst wenn er 30 oder 40 Jahre alt ist, soll der Arbeiter den angesammelten Mammon bekommen, allerdings nur, wenn er es bis dahin unter der Fuchtel der Herren Junker geduldig auf dem Lande ausgehalten hat. Ist der Kerl etwa in die Stadt gezogen, dann verdient er es nicht mehr, daß ihm irgendwelche Wohltaten erwiesen werden, dann ist das schöne Geld, obgleich es zum größten Teil aus seinen Beiträgen angesammelt worden ist, für ihn futsch. Das soll dann der Kasse verfallen. Die Herren Agrarier werden schon irgendwie Gelegenheit finden, um es in nützlicher Weise zu verwenden. Die Agrarier haben einen guten Magen. Die Frage, ob nicht etwa die Löhne der Landarbeiter so hundsmiserabel sind, daß sie keine 50 Pf. in der Woche entbehren können, bereitet dem Herrn v. Wangenheim allerdings keine Kopfschmerzen. Um solche Kleinigkeiten kümmern sich eben große Geister nicht. Der Vorschlag des Herrn v. Wangenheim ist einfach genial. Es wäre doch zu schön, wenn der Plan verwirklicht würde. So mancher Arbeiter, der sich sonst durch die Lockungen der Großstadt zur Landflucht verleiten ließe, bliebe artig und geduldig im Dienste seines gnädigen Herrn, weil er sein Geld nicht verlieren will.

Nur einen Haken hat die Sache. Auch die allerbeschränktesten Landarbeiter dürften nicht dumm genug sein, freiwillig ihr Geld für eine Sparkasse nach dem Herzen des Herrn v. Wangenheim herzugeben. Und wenn man sie dazu zwänge, ob es da nicht am Ende mit der Landflucht noch schlimmer würde?

Der Verzicht des Prinzregenten auf die Königswürde.

Der Prinzregent Ludwig von Bayern hat an den Minister v. Hertling ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß er im Hinblick auf die Bewegung, die wegen der Regentschaftsfrage durch das Land geht, es als seinen bestimmten Wunsch bezeichnet, daß zurzeit von irgendwelchen Maßnahmen zur Beendigung der Regentschaft abgesehen werden solle. Gleichzeitig wird von der parlamentarischen Zentrumskorrespondenz über eine Fraktionssitzung des bayrischen Zentrums gemeldet, es habe sich in dieser Sitzung ergeben, daß alle Mitglieder die Bedeutung der für eine Aenderung des bestehenden Zustandes geltend machenden Gesichtspunkte anerkennen, daß aber die überwiegende Mehrheit der Fraktion die entgegenstehenden verfassungsrechtlichen Bedenken für zu gewichtig halte, als daß eine Aenderung der staatsrechtlichen Verhältnisse ratsam erscheine.

Der Prinzregent hat also gut daran getan, daß er auf jeden Versuch, die Königswürde zu erlangen, vorläufig verzichtet hat.

Der Reichskanzler und die Gesandtschaft am päpstlichen Stuhle.

Kürzlich ging die bald dementierte Mitteilung durch die Presse, der Kanzler habe in einem Gespräch mit einem Zentrumsabgeordneten gedroht, die preußische Gesandtschaft am päpstlichen Stuhle werde aufgehoben, wenn sich der Papst fernerhin so in weltliche Angelegenheiten einmische, wie er es mit der Enzyklika gegen die christlichen Gewerkschaften getan habe. Hierzu melden die Berliner Neuesten Nachrichten, der Generaldirektor des Katholischen Volksvereins in M.-Gladbach, Abg. Pieper, habe einem Korrespondenten italienischer Blätter über das Gespräch folgende Mitteilung gemacht: „Die Wahrheit ist, daß der Reichskanzler am 27. November in einem gelegentlichen Gespräch mit dem Abgeordneten Trimborn neben anderen Gegenständen auch die Enzyklika des Papstes über die Gewerkschaftsfrage erwähnte. Der Reichskanzler, der für seine Person ein Anhänger der christlichen Gewerkschaften ist, während der Handelsminister Sydow und der Staatssekretär Delbrück eher die gelben Gewerkschaften bevorzugen, bemerkte, daß eine sicher vorauszusehende Folge der Gewerkschafts-Enzyklika die sein wird, die ohnehin schon sehr starke Strömung gegen die Aufrechterhaltung der preußischen Gesandtschaft am päpstlichen Stuhl zu verstärken, was er lebhaft bedauere; denn wenn die Schwierigkeiten in diesem Maße von Jahr zu Jahr steigen, wird endlich die Stimmenzahl für die Abschaffung die Mehrheit darstellen."

Die Kulturwelt würde nichts vermissen, wenn Preußen seine Hände vom päpstlichen Stuhle läßt.

Das Luftflottengesetz.

Wie die Tägliche Rundschau erfährt, wird der Nachtragsetat für die Verstärkung der Luftflotte einmalige Ausgaben in der Höhe von rund 18 Millionen Mark erfordern. Es verlautet, daß von dieser Summe 10 Millionen Mark für den Ankauf von Zeppelinkreuzern und der Rest für Luftschiffe anderer Systeme verwendet werden soll. In der Begründung wird hervorgehoben, daß neben der Verstärkung unserer nationalen Wehrkraft die Beschäftigungsnot unserer großen Luftschiffwerke dringend die Bereitstellung größerer außerordentlicher Mittel für den Luftschiffbau erfordere.

Also die Beschäftigungsnot privater Werke wird als Grund für eine Luftflottenvorlage angeführt. Ist man sich im Kriegsministerium auch schon über die Konsequenzen einer solchen Begründung klar geworden?

Zusammenkunft der Finanzminister.

Nach einer halbamtlichen Meldung werden die bundesstaatlichen Finanzminister am 4. Januar in Berlin zu einer Konferenz zusammentreten, um über die endgültige Gestaltung des Besitzsteuerentwurfs zu beraten. Der Entwurf wird dem Reichstag aber nicht sofort zugehen, sondern erst nach den Osterferien. Diese Verzögerung wird damit begründet, daß der Reichstag bis Ostern mit Arbeiten überhäuft sei. In Wahrheit wünscht man zunächst den Nachtragsetat für die Luftflotte und etwaige andere Militärforderungen durchzubringen, ohne hierbei die Besitzenden zu belasten.

Reichstagsersatzwahl.

Stolp, 23. Dezember. Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Stolp-Lauenburg wurden für den Konservativen v. Boehm bisher 14 973, für Schwuchow (Fortschr. Volksp.) 6395 und für Sickfeldt (Soz.) 2374 Stimmen abgegeben. Sieben Wahlbezirke stehen noch aus.

Bei den allgemeinen Wahlen am 12. Januar siegte der verstorbene konservative Abgeordnete Will mit 15 405 Stimmen über 8707 fortschrittliche, 2781 sozialdemokratische, 978 nationalliberale und 451 polnische Stimmen ebenfalls im ersten Wahlgange.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Wiener Bürgermeisterskandal.

th. **Wien,** 23. Dezember.

Der Wiener Gemeinderat hat heute den gewesenen Handelsminister Weiskirchner zum Bürgermeister gewählt. Mit 126 gegen 29 Stimmen machte er das Rennen. Und das ist bemerkenswert — namentlich in sittengeschichtlicher Hinsicht. Wie und durch welche Taten kann man sich in Oesterreich politisch unmöglich machen? Diese Frage muß jetzt unbeantwortet bleiben. Weiskirchner hätte unmittelbar nach dem Tode Luegers das Bürgermeisteramt und damit die Führung der christlichsozialen Partei übernehmen sollen. So war es der letzte Wille Luegers, der Weiskirchner, seinen Günstling, vom kleinen Beamten bis zum Minister in raschen Zügen emporgehoben hatte. Aber — es war 1910 — Weiskirchner wollte Minister bleiben, das trug mehr, namentlich so, wie dieser Herr den Handel verwaltete, und er sagte ab. Die Empörung über diese Tat, die ihm von seinen Parteigenossen damals als Felonie ausgelegt wurde, wirkte nicht wenig dazu, die große Wahlniederlage von 1911 vorzubereiten. Weiskirchner leistete auch sonst zu diesem Ende manches. Sein Handelsministerium war eine unabweisbare Folge von Gesetzesübertretungen und lichtscheuen Machenschaften. Er schenkte einer Dampfschiffahrtsgesellschaft zwei Millionen als Subvention, obwohl sich der Budgetausschuß dagegen ausgesprochen hatte. Er machte die Einfuhr von argentinischem Fleisch unmöglich, weil er sie über den Vertrag hinaus — durch Geheimvertrag — an die Zustimmung Ungarns band. Er unternahm Geschäfte, die hart an der Grenze des Strafbaren vorbeischleichen. Und seine eigene Partei hat ihm darum noch vor einigen Monaten im Abgeordnetenhause den Tadel ausgesprochen. Doch heute ist er wieder ihr erster Mann und seine menschliche und politische Ehre wieder frisch aufgebügelt und wie neu.

Unmittelbar führt ihn zur Höhe etwas, das wiederum ein kleines Skandälchen seiner Partei darstellt. Der Bürgermeister Neumeier mußte vergangene Woche über Hals und Kopf aus dem Rathause. Politische Gründe hat das nicht. Die Schurkerei, die Einschränkung politischer Rechte, die Neumeier durch die Direktoren der Gas-